

UNI-REPORT

Zur Frage der von der Westberliner CDU propagandistisch hochgeplusterten Forderung nach einem Verbot des „Kommunistischen Studenten-Verbandes“ (KSV) haben wir im EXTRA-Dienst mehrfach Bericht erstattet (ED 98, 100 /VII). Heute geben wir dem bisherigen Vize-Präsidenten der FU, Prof. Uwe Wesel, das Wort. Er hat eine Rede, die er auf einer Diskussionsveranstaltung des KSV gehalten hat, für den ED schriftlich fixiert und überarbeitet. Wir meinen, daß dieser Appell an die Vernunft nicht nur für Westberlin, sondern auch für die studentische Politik im Bundesgebiet von Wichtigkeit ist.

ANSPRACHE AN DEN KSV

Von Uwe Wesel

Dieser Antrag der CDU ist ein schlechtes Zeichen für den politischen Zustand in unserer Gesellschaft. Er fügt sich ein in eine fast geschlossene Reihe mal sehr heftiger, mal weniger hektischer Maßnahmen gegen die Neue Linke in Deutschland, wie wir sie jetzt seit vier Jahren erleben.

Dieser Antrag ist im übrigen die Kapitulation der politischen Führung dieser Gesellschaft, eine Kapitulation vor ihren eigenen Argumenten. Denn noch nie hat diese politische Führung die argumentierende Auseinandersetzung mit der neuen Studentengeneration gesucht. Meines Wissens hat noch kein offizieller Vertreter dieses Staates den Versuch gemacht, mit dem KSV ein Gespräch über die politische Arbeit dieser Organisation und ihre Forderungen und Ziele zu führen, wie man es 1965 bis 1969 mit der älteren Studentengeneration der ersten Protestbewegung immer versucht und getan hat. Man hat den KSV von Anbeginn seines Auftretens an — und, wenn ich mich richtig erinnere, war es der „Krisenkongreß“ hier in Berlin — mit starken Worten bekämpft, die keinerlei Aussagewert hatten, sondern nur eine unverantwortliche Schlagwortwirkung, und man hat ihn von Anfang an diffamiert und in die äußerste linke Ecke zu stellen versucht (die damals allerdings noch von der RAF besetzt war).

Wir befinden uns insgesamt in einer Periode, die sich immer wieder in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft wiederholt hat und wiederholen wird, in einer Periode starker politischer Verfolgung.

Die Geschichte der deutschen Neuen Linken ist ja noch nicht geschrieben. Wenn ich es richtig sehe, sind es jetzt acht Jahre seit 1965, von denen es vier Jahre lang bis 1969 aufwärts ging und dann bis heute, etwa dieselbe Zeit, auch vier Jahre lang abwärts. Diese Abwärtsbewegung ist verbunden mit einer ständig wachsenden politischen Diffamierung. Sie ist wohl zu erklären aus der Wei-

gerung noch der älteren Studentengeneration, sich in die vorhandenen politischen Parteien integrieren zu lassen. Man hatte ihnen ja 1967 und 1968 immer noch gesagt: „Kommt erst einmal hier in unsere Parteien, dann werdet Ihr Euch schon bald die Hörner abstoßen!“ Das galt in erster Linie für die SPD und die FDP. Die Studenten sind nicht gekommen, haben sich nicht integrieren lassen und ihre Arbeit außerhalb der etablierten Parteien fortgesetzt. Und man muß vermuten, daß man nun im Bösen versucht, was man damals im Guten mit ihnen nicht geschafft hat.

Seitdem werden sie als Verfassungsfeinde öffentlich verfolgt. Es begann im Sommer 1970 mit der Agitation der Notgemeinschaft gegen sogenannte Unterwanderung und angeblichen Leistungsabfall. Im Oktober 1970 kam der offizielle Bericht des Berliner Senats an das Abgeordnetenhaus auf Anfrage der CDU zu dem Ergebnis, daß bei allen Roten Zellen eine verfassungswidrige Zielsetzung im ganzen vorliege. Das war wohl das erste Mal, daß diese Feststellung offiziell getroffen wurde, hier in Berlin, und sie beherrschte seitdem die politische Auseinandersetzung.

Daraufhin wurden mit dieser Begründung Anfang 1971 die drei germanistischen Seminare verboten und ist Anfang 1972 der Ministerpräsidentenbeschluß über die Einstellung von sogenannten Radikalen im öffentlichen Dienst ergangen. Im Sommer 1972 hat der Berliner Senat sich im wesentlichen mit dieser Begründung geweigert, Herrn Domdey zum Prüfer im Staatsexamen der Lehrer zu ernennen. Und letztlich spielt auch diese Feststellung eine entscheidende Rolle im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai dieses Jahres über das Niedersächsische Vorschaltgesetz.

Wir haben im Sommer den „Löffler-Plan“ erlebt, der diese Reihe eigentlich für dieses Jahr abschließen sollte, aber nun setzt sie sich fort mit der skandalösen Praxis der Senatsverwaltung in den politischen Verhören bei der Einstellung. Und für mich ist das Erstaunlichste, daß die liberale Öffentlichkeit auch hier fast gar nicht mehr reagiert. Jetzt sind die staatlichen Stellen von allen guten Geistern verlassen. Jetzt wahrte man nicht einmal mehr die Form. Wenn ich es richtig überlege, würde ich meinen, daß seit der Zeit des Nationalsozialismus in diesem Teil der Stadt keine so weit reichende Praxis einer politischen Bevormundung, Gesinnungsschnüffelei und Unterdrückung stattgefunden hat. Ich möchte nicht mißverstanden werden und keinesfalls diese Verhöre mit denen vergleichen, die bei der Gestapo oder sonst während des Faschismus hier stattgefunden haben. Das sind sie nun wirklich nicht. Aber sie sind seit 1945 das Schlimmste, was an politischen Verhören in dieser Stadt sich ereignet hat. Und es ist wirklich erstaunlich, daß die Öffentlichkeit darauf nicht mehr reagiert.

Diese Verfolgung drückt sich aus im Vorgehen vor den Gerichten. Über 60 Strafverfahren laufen allein wegen der Vorgänge an der Freien Universität. Man muß sich einmal vorstellen, was das bedeutet angesichts der Zahl, die bei unseren Amtsantritten vorlagen. 1969, als Kreibich und ich das Amt übernahmen, war es eine viel geringere Zahl. Wir haben damals die Strafankträge, so weit es ging, zurückgenommen. Es waren m.W. nicht mehr als 20. 60 Strafverfahren, da bin ich ganz sicher, das hat noch nicht einmal der alte Rektor Harndt geschafft. Und man muß ja noch etwas anderes sehen. Die Verurteilungen, die in diesen Verfahren zum Teil schon ergangen sind zum Teil noch zu erwarten sind, führen in der Regel, auch wenn sie nur geringfügiger Natur sind, fast automatisch zu einem Berufsverbot. Denn es ist sicher, daß man nun angesichts dieser Verhöre bei der Schulverwaltung mit einer solchen Vorstrafe nicht mehr eingestellt wird.

Ich will nur noch zwei Verfahren nennen, die besonders bedeutsam sind. Das eine ist das Urteil gegen Herrn Lefevre, dem man die Einstellung verweigert wegen Äußerungen, die er vor vier, fünf Jahren getan und von denen er sich weitgehend inzwischen distanziert hat. Das andere ist der Prozeß gegen Ulli Kranzusch, und ich sage hier auch ganz offen, bei der Beweislage angesichts dieser Zeugenaussagen hätte er in normalen Zeiten freigesprochen werden müssen. Es scheint so, als ob auch unsere Richter sich von der allgemeinen Hysterie, die durch die Lande zieht, nicht mehr ganz frei halten können.

Vielleicht sollten wir noch die teilweise skandalöse Behandlung der RAF-Gefangenen nennen und die Behinderung ihrer Verteidigung. Die Pauschalen, die Verteidigern in größeren NS-Prozessen gezahlt werden, sind um das Doppelte höher als die, mit denen man die RAF-Verteidiger abspeisen will. Mit anderen Worten: Die Verteidigung dieser Gefangenen ist für ihre Verteidiger eine wirtschaftliche Belastung ohnegleichen. Sie ist ein Zuschußgeschäft von mehreren 10 000,- Mark, und es ist fraglich, ob sie das wirtschaftlich überhaupt durchhalten können.

In dieser Reihe und in keiner anderen steht der Antrag der CDU. Er ist ein Teil des Angriffs gegen die Neue Linke in Deutschland. Und deshalb müssen sich alle fortschrittlichen Kräfte in dieser Gesellschaft bei diesen Angriffen auf die Seite des KSV stellen, deshalb gebührt dem KSV die Solidarität aller Linken in dieser Universität.

Aber es muß in dieser Situation auch einmal deutlich gesagt werden: Ihr macht es

uns sehr schwer, und Ihr macht es den anderen sehr leicht. Ich meine die Kampfparolen „Raus aus“ (d.h. „Baring raus aus der FU“ oder „Löwenthal raus aus der FU“). Der KSV hat nun einige Semester aktiver Streikparolen hinter sich. Und wir sind uns alle einig, das geht nun nicht mehr so weiter. Das hat wohl auch der KSV erkannt, und nun kommt die Kampagne „raus aus“, zu der man zu einer eigenen Pressekonferenz einlädt.

Diese Politik der permanenten Streikbewegung und der unmittelbaren Ablösung dieser Politik durch individuellen Terror ist politisches Abenteuerium und hat nichts mehr zu tun mit marxistischer Politik. Studentische Politik hat ohnehin ihre Probleme, also die Frage der Rolle und der Legitimation von Intellektuellen im Klassenkampf. Es hat da sicher viele Verbindungen zur Arbeiterbewegung gegeben, und ich glaube, es gibt sie auch heute noch, und es wird sie wieder geben. Aber für diese Politik des KSV sind sie jetzt abgerissen.

Auch Kommunisten können nur dann unter breiten Arbeiterschichten Einfluß gewinnen, wenn sie rücksichtslos das Abenteuerium ausschließen. Das ist, glaube ich, auch die fast geschlossene Meinung der Hochschullehrer in der Gruppe „Demokratische Hochschule“, mit der wir jetzt die beiden Senatssitze gewonnen haben. Niemand von uns kann dem KSV in seiner Politik des individuellen Terrors folgen. Dieser Begriff hat ja Parallelen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, und man kann sich im einzelnen darüber streiten, ob er in bestimmten historischen Situationen moralisch und politisch berechtigt war. In Rußland gab es die Ermordung einzelner zaristischer Beamter um die Jahrhundertwende mit der immerhin positiven Folge der Einschüchterung der gesamten zaristischen Bürokratie. Später hat man dann noch in der sowjetischen Bewegung über diese Methode sehr lange diskutiert. Und in Deutschland gab es wenn ich es richtig sehe, zuletzt die Überfälle auf einzelne Grubenbesitzer und Großagrarien im Mansfeldischen Revier in Thüringen unter Führung von Max Hölz, gegen die sich sehr dezidiert sowohl die Führung der deutschen KPD, also Paul Levi, aber auch Lenin sehr ausdrücklich erklärt haben. Man kann sicher darüber Zweifel haben, ob es richtig war, was er damals getan hat.

Ich glaube, es war falsch. Aber das ist nicht entscheidend. Jedenfalls läßt sich das alles mit dem, was der KSV hier ins Werk setzt, überhaupt nicht vergleichen. Dort haben immer große Massenbewegungen von Arbeiterbewegungen hinter diesen einzelnen Aktionen gestanden. Hier befinden wir uns in einer extremen Defensivposition.

Die Argumentation des KSV ist vielleicht

gar nicht so unschlüssig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Er sagt, es geht uns um die Meinungsfreiheit und das Berufsverbot. Er sagt, wenn wir etwa in der Lehrveranstaltung von Herrn Scheler unsere Meinung sagen wollen, kriegen wir ein Strafverfahren. Wenn wir in diesem Strafverfahren verurteilt werden, ist das ein Berufsverbot. Wenn Herr Scheler uns den Beruf verbietet, dann sprechen wir auch für ihn ein Berufsverbot aus, also „Scheler raus aus der FU“.

Das ist eine völlig verzweifelte Politik. Sie läuft darauf hinaus, das Berufsverbot der anderen Seite zu legitimieren, moralisch zu legitimieren, und sie läuft darauf hinaus, daß man gegen die Verfolgung durch die Justiz protestiert, indem man immer neue Justizopfer produziert.

Irgendwo muß da eine romantische Erinnerung an die Frühzeit der Studentenbewegung hier in Berlin mitspielen, der Wunsch nach Wiederholung. Also ich meine den Fall des durch antisemitische Äußerungen bekanntgewordenen Japanologen Eckart. Aber damals ist es den Studenten nicht im Traum eingefallen, die Forderung zu erheben „Eckart raus aus der FU“. Damals hat man einen zweiten Lehrstuhl gefordert, damit die Studenten studieren konnten, und es ist ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Eckart eingeleitet worden, VED_1974_001_002_006 den Studenten verlangt haben. Damals ging es in erster Linie um die Interessen der direkt betroffenen Studenten, die eben bei Eckart nicht studieren konnten. Aber heute zwingt euch kein Mensch, bei Herrn Baring oder Herrn Löwenthal zu studieren. Es gibt noch genügend andere Dozenten am Otto-Suhr-Institut.

Ich sehe die Provokation der anderen Seite. Ich sehe die Provokation von Herrn Koenigs, ich sehe das objektiv provokatorische Verhalten Schelers, ich sehe die larmoyanten Schliche des Herrn Baring mit seiner Wissenschaftlichen Gesellschaft, und ich sehe die mit dem Heiligenschein der Wissenschaft versehene politische Agitation Richard Löwenthals.

Aber wer auf diese „Charaktermasken“ mit persönlichen Angriffen reagiert, der diffamiert seine eigene marxistische Position. Und noch schlimmer: auch die der anderen Marxisten. „Baring raus aus“ ist objektiv unmöglich, also ein rein moralisches Postulat. Aber im dialektischen Umschlag erhält diese irrealen Forderung eine sehr reale Wirkung, und jeder muß sich fragen, was haben die sich eigentlich dabei gedacht. Das ist Größenwahnsinnig. Ihr habt keinerlei gesellschaftliche Legiti-

mation, Berufsverbote für Hochschullehrer auszusprechen. Damit steuert ihr direkt in das Verbot.

Und im übrigen ist es ja auch als moralisches Postulat widersprüchlich und falsch. Denn was will der KSV? Er will die Diskussionsfreiheit. Und wie will er sie erreichen? Durch die Entfernung des Diskussionspartners. Also ist das Ganze ein moralischer Unsinn.

Der KSV hat sich ja auch gegen den individuellen Terror der RAF erklärt. Auch das war politisches Abenteuerium. Also muß er jetzt auch wieder von dieser Politik abgehen. Darum ist die einzig richtige Lösung für uns in Zukunft mein Vorschlag: Der KSV muß diese Politik des individuellen Terrors öffentlich aufgeben. Es muß auch innerhalb der Universität ein neuer Anfang gemacht werden. Dann können wir uns auch öffentlich und mit Nachdruck für die Niederschlagung aller zur Zeit laufenden Strafverfahren einsetzen.

Berliner Extra-Dienst, 8. Jg., Nr. 1/2, West-Berlin, 3. Januar 1974